

02	In eigener Sache	13	Personalnachrichten
02	Hochschulspiegel	14	Aus den Abteilungen
05	Gremien und Arbeitskreise	17	Kontakte und Kooperationen
05	Fürsorge und Gesundheit	18	Themenreihe Medien
06	Forschung	19	Weltoffene Hochschulen
11	Veranstaltungen Rückblick	20	Veröffentlichungen
12	Veranstaltungen Vorschau		

Liebe Leserin, lieber Leser,

nachdem wir erst vor Kurzem den 75. Geburtstag des Grundgesetzes gefeiert haben, lag am 9. Juni 2024 mit der Europawahl das nächste bedeutende politische Ereignis vor uns. Insgesamt waren rund 370 Millionen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aufgerufen, das zehnte Europaparlament zu bestimmen und die Politik in der EU mitzugestalten. Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage, war es in diesem Jahr vermutlich wichtiger denn je, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Im Europäischen Parlament werden Entscheidungen getroffen, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger konkret betreffen. So können die Menschen in der EU frei entscheiden, in welchem Mitgliedstaat sie leben, studieren oder arbeiten wollen. Davon profitieren auch unsere Studierenden, etwa im Rahmen von Auslandsaufenthalten.

Studierende des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung/Rentenversicherung haben beispielsweise die Möglichkeit, mit dem Erasmus+ Programm nach Abschluss des ersten Studienjahrs an einer europäischen Hochschule in einem anderen Teilnehmerland zu studieren, um dort ihre sozialen und kulturellen

Kompetenzen zu erweitern und ihre Berufsaussichten zu verbessern. Sie lernen dabei das akademische System einer ausländischen Hochschule ebenso kennen wie deren Lehr- und Lernmethoden. Ein weiteres Beispiel ist die Summer School, die jährlich Polizeistudierende aus verschiedenen europäischen Ländern zusammenbringt. Einen entsprechenden Bericht zur diesjährigen Veranstaltung finden Sie in der aktuellen Ausgabe des Newsletters.

Der uneingeschränkte Austausch über Ländergrenzen hinaus, ist nur einer der zahlreichen Vorteile der EU. Hinzu kommt der Zusammenhalt innerhalb Europas, den es in Zukunft noch weiter zu stärken gilt, denn die globalen Herausforderungen unserer Zeit, wie etwa den Klimawandel, können wir nur gemeinsam meistern.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre des Newsletters!

Ihr

Martin Bornträger
Präsident der HSPV NRW

In eigener Sache

Evaluation des Newsletters

Ihre Meinung ist gefragt!

Seit mittlerweile 15 Jahren erscheint der Newsletter „HSPV Aktuell“ an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW und informiert monatlich über aktuelle Themen an der Hochschule. Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der digitalen Kommunikation sind wir bemüht, unsere Kommunikationskanäle noch besser beziehungsweise noch inhaltsstärker, zielgruppen- und kanalspezifischer zu gestalten. Dafür ist Ihre Mithilfe gefragt.

Um unsere Kanäle weiter zu optimieren, hat der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Evaluationsteams eine Umfrage erstellt. Diese soll zum einen Ihr Leseverhalten und Ihre Lieblingsthemen ermitteln und zum anderen Raum geben, um Anregungen und Wünsche zu adressieren. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme bis zum 7. Juli 2024.

Hinweise zum Datenschutz sowie die entsprechende Umfrage finden Sie [unter diesem Link](#).

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Teilnahme und freuen uns auf Ihre Antworten!

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Zentralverwaltung

Hochschulspiegel

Initiative #mehrAchtung

Für mehr Achtsamkeit im Straßenverkehr

Die Gewährleistung einer stets hohen Verkehrssicherheit ist ein bedeutsames Gut der Inneren Sicherheit und ein andauernder Prozess, der das konstruktive Zusammenwirken der Verkehrspolitik mit den Ministerien und Polizeien der Länder, den Straßenverkehrsbehörden und Straßenbausträgern sowie den weiteren Institutionen der Verkehrssicherheitsarbeit erfordert. Die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung im Bereich Verkehr ist daher zentraler Bestandteil der dreijährigen Ausbildung im Rahmen des Studiums an der HSPV NRW und auch an den Bildungszentren der Polizei NRW sowie in den Ausbildungsbehörden.

Die Polizei hat 2023 in Deutschland rund 2,5 Millionen Unfälle registriert – das sind 4,5 % mehr als ein Jahr zuvor. Bei ca. 2,2 Millionen Unfällen blieb es bei Sachschäden (plus 5,0 %). Die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden, stieg um 0,4 % auf rund 290.800. Insgesamt 2.830 Menschen sind 2023 bei Unfällen im Straßenverkehr ums Leben gekommen, das sind 1,5 % beziehungsweise 42 Todesopfer mehr als im Vorjahr.



Gruppenbild mit Minister Dr. Volker Wissing (Bild: BMDV)

Der Wiederanstieg der Unfallzahlen zeigt, dass die selbst gesteckten Ziele in dieser Dekade aller Voraussicht nach nicht erreicht werden können. Daher sind alle zuständigen Institutionen und ihre Mitglieder aufgefordert, die Verkehrssicherheit in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen, um die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten bis zum Jahr 2030 um 40 % zu reduzieren beziehungsweise um dieser Zahl näher zu kommen.



Ansprache von Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing
(Bild: Peter Schlanstein)

Wie ist das zu erreichen? Unter anderem durch eine gezielte Verstärkung der polizei- und ordnungsbehördlichen Verkehrsüberwachung, durch einen Umbau der Infrastruktur und mit einer Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen. Jeder kann seinen Beitrag dazu leisten, einen rücksichtsvolleren Umgang auf Straßen, Radwegen und Bürgersteigen zu schaffen. Das Prinzip #mehrAchtung ist dabei essenziell, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Um die Verkehrsunfallprävention zu verbessern, haben das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) sowie der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) vor einem Jahr mit der Initiative #mehrAchtung ein neues Kapitel der „Runter vom Gas“-Kampagne aufgeschlagen. Das einjährige Jubiläum der Initiative war Mitte Mai 2024 Anlass eines Treffens der Protagonistinnen und Protagonisten sowie der Vertretungen der beteiligten Institutionen im Bundesverkehrsministerium in Berlin. Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing erklärte dazu: „Rücksicht und Respekt sind Grundvoraussetzungen dafür, dass ein Miteinander gelingt. Das gilt auch für das Miteinander im Straßenverkehr. Unsere Verkehrssicherheitsinitiative #mehrAchtung erinnert die Menschen daran, dass sie mit mehr Rücksicht aufeinander sowohl gelassener als auch sicherer ankommen.“

Ein zentraler Ansatz für die höhere Verkehrssicherheitsarbeit ist die „Vision Zero“. Ihr Ziel ist es, den Straßenverkehr so zu gestalten, dass es keine tödlich oder schwer verletzten Verkehrsteilnehmenden mehr gibt. Frühe Kritiker nannten dies eine Utopie. Doch weit mehr als 1.200 Städte in der Welt haben längst bewiesen, dass das Ziel in Bezug auf die Getöteten erreichbar ist.

Inzwischen sind es 68 Institutionen und Verbände aus den Bereichen Verkehr, Mobilität und Sozialwesen, die sich der Verkehrssicherheitsinitiative #mehrAchtung angeschlossen haben. Dank dieser Breite sollen alle Verkehrsteilnehmende – ob mit Auto, Lkw, Fahrrad, E-Scooter oder zu Fuß – erreicht und für mehr Respekt und ein rücksichtsvolleres Miteinander auf der Straße sensibilisiert werden. Dabei greift die Initiative auch aktuelle Themen auf: Mit dem Inkrafttreten des Cannabisgesetzes am 1. April 2024 wurde die Kampagne „Don't drive high!“ gelauncht, um auf die Gefahren des Cannabiskonsums im Straßenverkehr aufmerksam zu machen.

Neuer Protagonist von #mehrAchtung ist Fabian Köster, Autor, Comedian und Journalist, bekannt unter anderem als Au-

ßen-Reporter der „heute-show“. In mehreren Kurzreportagen macht er sich auf die Suche nach #mehrAchtung im Straßenverkehr. Die Spots werden ab Juni 2024 veröffentlicht.

Die Kampagne #mehrAchtung zeigt bundesweit Präsenz: Auf Plakat- und Digitalflächen in deutschen Städten und an Autobahnen werben Bild- und Textmotive für mehr Achtsamkeit und Respekt im Straßenverkehr. Darüber hinaus wird auf den verschiedenen Kanälen in den sozialen Medien über die Verkehrssicherheit informiert. In den sozialen Netzwerken ist der Hashtag #mehrAchtung in kurzer Zeit zum meistgenutzten Hashtag der Verkehrssicherheitsarbeit avanciert.

#mehrAchtung appelliert an die Eigenverantwortung der Menschen, durch ihre Einstellung und ihr Verhalten zu mehr Rücksicht und einem respektvollen Miteinander im Straßenverkehr beizutragen. #mehrAchtung richtet sich an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Straßenverkehr – un-



Erich-Klausener-Saal des Bundesverkehrsministeriums (Bild: BMDV)

abhängig von Mobilitätsform, Alter und Geschlecht. Weitere Informationen sind auf der Website der Initiative zu finden.

Kampagnen zu höherer Verkehrssicherheit sind im Studiengang Polizeivollzugsdienst der HSPV NRW Bestandteile der Teilmodule GS 6.2 und HS 2.2.4 sowie vieler Haus-/Seminararbeiten und von Bachelorarbeiten, die neben einem tiefen Verständnis für die Problematik teilweise wichtige Ansätze für mögliche Sicherheitsgewinne und Verbesserungen liefern.

Peter Schlanstein
Studienort Münster

Landesweites Präventionsnetzwerk

NRW-Initiative für mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Die Verkehrssicherheitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Sicherheit und des Wohlstands der Gesellschaft. Sie trägt nicht nur zur direkten Vermeidung von Unfällen und deren schädlichen Auswirkungen bei, sondern fördert auch langfristig eine sicherere, gesündere und lebenswertere Umgebung für alle Verkehrsteilnehmenden.

Die Aufgaben der Polizei in der Verkehrsunfallprävention sind vielfältig und umfassen eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, Verkehrsunfälle zu verhindern, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer/innen zu schärfen. Neben der polizeilichen Überwachung ist die Aufklärung der Bevölkerung über Verkehrsregeln und -sicherheit entscheidend. Andere Träger, wie Straßenverkehrs- und Baubehörden, Schulen, Verkehrsclubs oder Gesundheitsorganisationen, können hierbei eine wichtige Rolle spielen und präventive Maßnahmen unterstützen. Doch in Nordrhein-Westfalen existieren – anders als in der Kriminalprävention – bislang keine landesweiten Netzwerkstrukturen in der Verkehrsunfallprävention. Auf örtlicher Ebene bestehen durchaus erfolgreiche Kooperationsstrukturen zwischen den Kreispolizeibehörden und weiteren Protagonistinnen und Protagonisten der Verkehrssicherheitsarbeit, deren Ausprägung und Ausgestaltung sehr unterschiedlich ist. Sie entfalten in der Regel lediglich auf örtlicher Ebene eine Wirkung.

Deshalb beschloss die Landesregierung NRW im Oktober 2023, in einem ressortübergreifenden Ansatz, die landesweit größten Partnerinnen und Partner der Verkehrssicherheitsarbeit unter einem Dach zu vereinen, um den bereits bestehenden Netzwerken eine Plattform zum Austausch und zur Information zu bieten und zukünftig gemeinsame Problemlagen zu erkennen sowie wirksame Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und vorzuhalten.

Im Dezember 2023 hat eine interministerielle Arbeitsgruppe (unter der gemeinsamen Federführung des Ministeriums des Innern NRW und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr NRW sowie unter Beteiligung des Ministeriums für Schule und Bildung NRW und des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW) ihre Arbeit aufgenommen und beschlossen, das Landesprojekt „Sicherheit im Straßenverkehr“ einzurichten.

Im April dieses Jahres wurde die Initiative im Rahmen der „Fachtagung Verkehr – Frühjahr 2024“ den Leitungen der Verkehrsdirektionen aller Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Anfang Juni 2024 folgte das zweite Projektgruppentreffen im LAFP NRW in Brühl, an dem Peter Schlanstein als Vertreter der HSPV NRW teilnahm.

Ziel des Landesprojekts ist es, den Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit in NRW unter einem Dach zu vereinen, den bereits vorhandenen lokalen Netzwerken eine Plattform zu geben sowie künftig gemeinsame Themenschwerpunkte zu identifizieren und landesweite Präventions- und Informationskampagnen zu entwickeln. Die Vernetzung der Beteiligten führt im besten Fall dazu, dass Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zukünftig nicht mit einer Vielfalt an Themen von unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren konfrontiert werden. Sie erleben, dass alle Beteiligten „an einem Strang ziehen“, weil bereits bestehende Netzwerke unter einer gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Infrastruktur zusammenarbeiten, wovon alle profitieren und im Sinne von Best-Practice-Beispielen voneinander lernen können. Themenschwerpunkte sollen gemeinsam entwickelt werden, sodass sich alle Beteiligten entsprechend ihrer Möglichkeiten und Ressourcen einbringen können.



Bild: Polizei NRW

Eine vernetzte Verkehrssicherheitsarbeit lässt vielfältige Synergieeffekte erwarten und bedingt durch die Bündelung der Maßnahmen eine Reduzierung von personellen und finanziellen Mehraufwänden. Das Präventionsnetzwerk soll sukzessive anwachsen und weitere Netzwerkpartnerinnen und -partner der Verkehrsunfallprävention aufnehmen, zu denen aufgrund der curricularen Verbundenheit der Modul Inhalte im Studiengang Polizeivollzugsdienst mit der späteren Berufspraxis auch die HSPV NRW zählen dürfte. Studierende sind motivierter und engagierter, wenn sie sehen, dass die Inhalte, die sie lernen, direkt auf ihre zukünftige Berufspraxis anwendbar sind. Dies erhöht die Relevanz des Studiums und fördert ein tieferes Verständnis der Materie.

In diesem Jahr ist neben der Akquise von weiteren Partnerinnen und Partnern und der Erstellung einer eigenen Website des Präventionsnetzwerks „NRW-Initiative für mehr Sicherheit im Straßenverkehr“ ein öffentlichkeitswirksamer Ministertermin im Oktober 2024 in Herne vorgesehen.

Peter Schlanstein
Studienort Münster

Gremien und Arbeitskreise

Konstituierende Sitzung

Die Senatskommission für Weiterbildung, Hochschuldidaktik und Medien hat sich am 14. Mai 2024 zu ihrer konstituierenden Sitzung getroffen

Teilnehmerinnen und Teilnehmer, seitens der Lehrenden, waren Prof. Dr. Annegret Frankewitsch, Manfred Heßling, Dr. Sarah Jadwiga Jahn, Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten, Prof. Dr. Nicole Sprafke (beratendes Mitglied) und Prof. Dr. Henning Staar. Als Vertreterin der Mitarbeitenden war Maria Flück (Leiterin Dezernat 13) vor Ort, als studentische Mitglieder haben Timo Bindels und Amin Echargui teilgenommen.

Im Rahmen der Sitzung wurde Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten zum Vorsitzenden der Kommission gewählt und Dr. Sarah Jadwiga Jahn zur stellvertretenden Vorsitzenden. Als zusätzliche beratende Mitglieder wurden Johanna Beckmann, Prof. Dr. Julia Eversmann, Julian Fennhahn, René Karle, Prof. Dr. Susanne Schulte und Dr. Thomas Weiler aufgenommen.

Im Fokus der Sitzung standen zudem umfangreiche Aktivitäten und Neuerungen, die das Dezernat 13 für die Bereiche Weiterbildung, E-Learning und Bibliothekswesen vorgestellt hat. Anschließend haben die Teilnehmenden gemeinsam das Arbeitsprogramm der Kommission für die laufende Gremienperiode entwickelt. Dabei sind drei Arbeitsgruppen zu folgenden Themen entstanden:

1. Künstliche Intelligenz, Koordination:
Prof. Dr. Henning Staar

2. Austausch/Feedback für Lehre (Theorie-Praxis, Nebentätler), Koordination:
Dr. Sarah Jadwiga Jahn

3. Lehr- und Lernumgebungen, Koordination:
Manfred Heßling

Der Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende freuen sich über Anregungen von den Mitgliedern der Hochschule für die weitere Arbeit der Kommission.

Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten
Studienort Münster

Dr. Sarah Jadwiga Jahn
Studienort Dortmund

Fürsorge und Gesundheit

Erste Hilfe

An der HSPV NRW werden Ersthelferinnen und Ersthelfer gesucht

Was ist eine Ersthelferin/ein Ersthelfer?

Als Ersthelfende bezeichnet man die Personen, die Zeugin oder Zeuge eines Notfalls sind (zum Beispiel bei einem Unfall) und der betroffenen Person helfen und beistehen, bis es ihr besser geht oder der Rettungsdienst eintrifft.

Was machen Ersthelferinnen/Ersthelfer?

In überwiegender Mehrheit behandeln Ersthelferinnen und Ersthelfer an der HSPV NRW Papierschritte und Kopfschmerzen.

Warum sollten Sie einen Erste-Hilfe-Kurs absolvieren?

Als Ersthelfende können Sie im Zweifel Leben retten, indem Sie eine verletzte Person schnell und kompetent versorgen. Je mehr Sie über Erste Hilfe wissen, umso besser. Die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs macht deshalb viel Sinn. Sie fühlen sich im Fall der Fälle sicherer und können einer Person in Not gezielter und besser helfen.



© Foto von Ploegerson auf Unsplash

Können Sie die erworbenen Kenntnisse auch privat nutzen?

Selbstverständlich können Sie Ihr Wissen auch privat nutzen. Hier sind einige Beispiele:

- Verbrennungen behandeln (beispielsweise in der kommenden Grillsaison),
- Sonnenbrand verhindern oder behandeln (vor allem in der Urlaubszeit),
- Hitzschlag und Sonnenstich erkennen beziehungsweise unterscheiden,
- Schnittwunden behandeln (zum Beispiel bei der Gartenarbeit),
- Dehydration verhindern (genug trinken),
- Erste Hilfe bei Säuglingen und Kleinkindern leisten.

Wie werden Sie Ersthelferin/Ersthelfer?

Um Ersthelferin oder Ersthelfer zu werden, ist der Kontakt zur

Aus- und Fortbildungsstelle sowie die Rücksprache mit Ihrer/Ihrem Vorgesetzten erforderlich.

Warum ist Erste Hilfe so wichtig?

Erste Hilfe kann Leben retten, insbesondere wenn es darum geht, nach einem Unfall sofort Hilfe zu leisten.

Falls Sie Interesse haben, Ersthelferin oder Ersthelfer zu werden, melden Sie sich bitte bei Mike Terfoorth (Dezernat 21.4 Betriebliches Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz) oder bei der Fortbildungsstelle unter mike.terfoorth@hspv.nrw.de beziehungsweise fortbildung@hspv.nrw.de.

Der Aufruf richtet sich an Verwaltungsangehörige und hauptamtlich Lehrende der HSPV NRW.

Daniel Belavic und Mike Terfoorth

Zentralverwaltung

Forschung

Studie veröffentlicht

Wahrnehmung von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei

Die kürzlich veröffentlichte Studie „Wahrnehmungen von Antisemitismus und jüdischem Leben bei der Polizei. Eine Interviewstudie bei der Landespolizei Nordrhein-Westfalen“ untersucht die Bedeutung der Polizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und für den Schutz von jüdischem Leben. Angesichts einer zunehmenden Normalisierung und Radikalisierung des Antisemitismus ist eine Sensibilisierung und Professionalisierung der Polizeikräfte von hoher Bedeutung. Sie müssen in der Lage sein, potenziell antisemitische Tatmotivationen zu identifizieren und Gefahren für Betroffene frühzeitig zu erkennen.

In der von Dr. Marc Grimm (Universität Bielefeld), Dr. Sarah Jadwiga Jahn (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW), Jana-Andrea Frommer (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW) und Jakob Baier (Universität Bielefeld) durchgeführten Studie wurden 39 Polizistinnen und Polizisten aus verschiedenen Dienstbereichen von zehn Kreispolizeibehörden Nordrhein-Westfalens befragt. Die Studie liefert Einblicke in polizeiliche Perspektiven, Erfahrungen und Einschätzungen zu den Themen Antisemitismus und jüdisches Leben sowie Wissens- und Kompetenzbedarfe.

Bisher lagen keine empirischen Erkenntnisse zu diesem Themengebiet vor. Die Ergebnisse der Studie bilden daher eine Grundlage für die weitere Professionalisierung der Polizei im Umgang mit Antisemitismus.



Bild: Jochen Tack

Die Studie ist Teil des Verbundforschungsprojekts EMPATHIA³ (EMpowering Police officers And TeachHers In Arguing Against Antisemitism), das im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegten Förderlinie „Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus“ finanziert wird.

Die Studie steht als Download [unter diesem Link](#) zur Verfügung.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Zentralverwaltung

Soziale Roboter in öffentlichen Verwaltungen

Eine empirische Studie der HSPV NRW gibt Einblicke in die Haltungen relevanter Stakeholdergruppen

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „RuhrBots“ hat die HSPV NRW unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Gourmelon untersucht, welche Haltungen Datenschutz- und Gleichstellungsbeauftragte, Personalräte sowie Vertrauenspersonen für Menschen mit Behinderung in Bezug auf den Einsatz sozialer Roboter in Verwaltungen haben. Dafür wurden mit 27 Stakeholdern aus unterschiedlichen Kommunen in NRW, darunter auch Verbände oder verbandsähnliche Organisationen, qualitative Experteninterviews durchgeführt. Parallel dazu haben zwei Experten für Datenschutz und Personalrecht die rechtlichen Grundlagen für einen Robotereinsatz in Verwaltungen geprüft und erläutert.

Ein [ausführlicher Forschungsbericht](#) kann auf der Website der HSPV NRW abgerufen werden.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus den Interviews

Dem Einsatz sozialer Roboter sehen die befragten Stakeholder insgesamt mit Wohlwollen und Aufgeschlossenheit entgegen. Sie werden als vielversprechende Innovation und bedeutsame Chance für Verwaltungen wahrgenommen.

Von allen befragten Gruppen ist bei den Datenschutzbeauftragten die größte Skepsis und Kritik erkennbar, insbesondere bezüglich der Intransparenz KI-gestützter Datenverarbeitungsprozesse („Black-Box-Problem“) und fehlender Rechtssicherheit. Diese Skepsis ist bei einem Teil der Befragten mit einer eher passiven Haltung verbunden. So werden aktuell Gesetzesinitiativen und Empfehlungen übergeordneter Instanzen in Bezug auf einen rechtskonformen Umgang mit KI „abgewartet“. Vor allem die Wiedererkennungsfunktion der Roboter hat sich als datenschutzrechtlich problematisch erwiesen. Neben der Festlegung von technisch organisatorischen Maßnahmen und der Durchführung einer Datenschutzfolgenabschätzung wird ein Stufenkonzept als pragmatische Zwischenlösung für den Robotereinsatz empfohlen. Die explizite Einwilligungserklärung zur Datenerhebung und -verarbeitung wird als unerlässlich erachtet. Die praktische Umsetzung dieser Anforderung ist nicht trivial.

Demgegenüber kann man bei den Vertrauenspersonen für Menschen mit Behinderung deutlich mehr Offenheit und großes Interesse am Einsatz sozialer Roboter erkennen. Eine bedeutsame Chance wird darin erkannt, durch die vielfältigen Funktionalitäten der Technologien Menschen mit unterschiedlichen Sinneseinschränkungen (besser als bisher) zu erreichen. Ein integriertes Tablet am Roboter hat sich als großer Mehrwert für die Interaktion mit Menschen mit Behinderung herausgestellt. Allerdings sind mit dem Robotereinsatz auch zahlreiche Anforderungen verbunden, insbesondere hinsicht-



Stakeholder by Nick Youngson, CC BY-SA 3.0, Alpha Stock Images (Bearbeitung: HSPV NRW)

lich der Barrierefreiheit. „Nichts über uns ohne uns“ lautet dabei die Devise, weshalb die Beteiligung der Betroffenen unverzichtbar ist.

Auch seitens der Personalräte und Gleichstellungsbeauftragten kommen positive Haltungen und eine hohe Innovationsbereitschaft zum Ausdruck. Große Vorteile werden in den Möglichkeiten erkannt, Beschäftigte zu entlasten und das Serviceangebot zu verbessern. Als primär gleichstellungspolitisches Thema haben sich Diskriminierungsrisiken durch KI-Systeme entpuppt. Von den Gleichstellungsbeauftragten wird ein diskriminierungs- und gendersensibles Vorgehen gefordert, um die Reproduktion von Stereotypen zu vermeiden. Seitens der Personalräte wird eindringlich auf die Relevanz ihrer frühzeitigen Beteiligung hingewiesen, damit beim Robotereinsatz von Anfang an die Interessen und Rechte der Beschäftigten berücksichtigt werden. Insbesondere der Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte müsse gewahrt und somit zum Beispiel eine mögliche Überwachung durch die Roboter verhindert werden.

Resümee und Ausblick

Die Befragten sind sich einig, dass KI und Roboter den Arbeitsalltag in Verwaltungen in absehbarer Zukunft verändern werden und man sich diesen Entwicklungen nicht verschließen darf. Ihre Unsicherheit spiegelt die bisherige Unerfahrenheit Deutschlands mit dem Robotereinsatz im öffentlichen Raum wider. Die Anregungen der Stakeholder bieten wertvolle Hinweise und Denkanstöße für den Einsatz sozialer Roboter.

Der nächste Arbeitsschritt der HSPV NRW sieht vor, gemeinsam mit erfahrenen Führungskräften sowie Expertinnen und Experten für Change Management Handlungsempfehlungen für einen gelingenden Robotereinsatz in öffentlichen Verwaltungen zu erarbeiten.

Esther Herfurth

Studienort Gelsenkirchen

EhrenamtAtlas 2024: So engagiert sich NRW

Drei Fragen an Prof. Dr. Andrea Walter zum Thema Ehrenamt

Der EhrenamtAtlas NRW von Westlotto ist im Mai zum zweiten Mal nach 2022 erschienen. Sie haben die Studie erneut wissenschaftlich begleitet: Was ist das Besondere am EhrenamtAtlas und welche zentralen Entwicklungen zeigen sich im Engagement in NRW?

Andrea Walter: Das Besondere am EhrenamtAtlas ist, dass er uns repräsentative Zahlen zum Ehrenamt auf der Ebene aller 53 Kreise und kreisfreien Städte in NRW bietet. Diese Daten gibt es meines Wissens in anderen Bundesländern nicht. Die Kommunen können anhand der Zahlen sehen, wie sich das Engagement bei ihnen vor Ort nach Engagementfeldern und Altersgruppen verändert, welche Rahmenbedingungen sich Engagierte wünschen und welche Handlungsbedarfe daraus abzuleiten sind.

Für NRW zeigt sich, dass das Ehrenamt insgesamt stabil geblieben beziehungsweise sogar leicht gestiegen ist von 50 % auf 54 %. Die geleisteten Stunden sind jedoch seit 2022 etwas gesunken, von durchschnittlich 214 auf 208 Stunden pro Jahr. Dass Engagierte weniger Zeit aufwenden, beobachten wir deutschlandweit. So ist es einerseits sehr erfreulich, dass der überwiegende Teil der Menschen in unserem Land gerade in diesen turbulenten Zeiten bereit ist, sich für das gesellschaftliche Miteinander zu engagieren. Nur jeder Zehnte in NRW sagt, gemäß des EhrenamtAtlas, dass er sich hier nicht in der Verantwortung sieht. Doch neben Beruf, Familienpflichten und Hobbies bleibt bei vielen eben nur ein begrenztes Zeitbudget für ein potenzielles Ehrenamt. Deshalb gilt es, Engagierten möglichst flexible Angebote zu machen. Natürlich funktioniert das nicht bei jedem Ehrenamt, so lassen sich etwa Brände nicht von Zuhause löschen. Gerade für zeitaufwendige Tätigkeiten, wie beim THW oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, sollten deshalb innovative Anreize diskutiert werden, zum Beispiel ein Bonus für die Rente.

Die Veröffentlichung des EhrenamtAtlas hat medial sehr große Wellen geschlagen. Sie waren am Tag der Pressekonferenz im WDR 5 Morgenecho, mittags im Tagesgespräch und abends in der WDR Lokalzeit Ruhr. Wie ist das große Interesse zu erklären?

Andrea Walter: Zum Ehrenamt hat jeder einen Bezugspunkt, weil er oder sie gegebenenfalls selbst engagiert ist oder von einem Ehrenamt profitiert. Auch wir an der Hochschule tun das. So ist es nicht selbstverständlich, dass sich Studierende finden, die bereit sind, auch neben ihrem Studium an Gremien wie den Senatskommissionen oder den Fachbereichsräten ehrenamtlich mitzuwirken.

Dass der EhrenamtAtlas dieses Mal so große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, ist meines Erachtens mit den aktuellen gesellschaftlichen Zeiten zu erklären. Welche Rolle spielt heute ungebundenes, informelles Engagement und gibt es immer



Stellten gemeinsam den neuen EhrenamtAtlas NRW vor (v.l.n.r.):
Stephanie Krause (Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement NRW),
Andreas Kötter (Geschäftsführer Westlotto) und Prof. Dr. Andrea Walter (Bild: Westlotto)

noch ausreichend Menschen, die bereit sind, längerfristig ein Amt auszuüben, um etwa die über 120.000 Vereine in NRW funktionsfähig zu halten?

Dies gilt vor allem im Kontext der angespannten Haushaltslage in vielen Kommunen und Landesbehörden. Ohne ausreichend Fachkräfte und auskömmliche finanzielle Ressourcen wird man einige Angebote und Leistungen zukünftig vielleicht nicht mehr wie gewohnt aufrechterhalten können. Schnell kommt dann die Idee, Aufgaben an Ehrenamtliche zu übertragen. Und in der Praxis ist es manchmal gar nicht so leicht zu sagen, wann Engagement keine ergänzende Funktion mehr hat, sondern bereits staatliche Leistungen substituiert. Man denke nur an die Tafeln, Dorfläden oder die Pflichtdienstdebatte. Ich glaube, dass die gesellschaftliche Diskussion darüber, wie freiwillig Engagement in Zeiten von Fachkräftemangel und knappen öffentlichen Kassen noch sein kann, gerade erst begonnen hat. Dies ist ja auch Thema beim nächsten Symposium für Personalmanagement im November.

Hat der EhrenamtAtlas auch Implikationen für die Lehre an unserer Hochschule?

Andrea Walter: Auf jeden Fall, auch wenn nur ein sehr geringer Teil unserer Absolventinnen und Absolventen aus den Verwaltungsstudiengängen später in der kommunalen oder staatlichen Engagementförderung tätig sein wird. Im Verhältnis zu anderen Tätigkeitsfeldern sind die Stellen hier sehr überschaubar und in Zeiten knapper Finanzmittel ist tendenziell zu befürchten, dass auch die Engagementförderung als freiwillige kommunale Aufgabe mancherorts auf den Prüfstand muss. Aber interessant ist ja, dass unsere Daseinsvorsorge historisch bedingt in weiten Teilen auf dem Ehrenamt basiert. Die allermeisten kommunalen Bereiche haben heute Berührungspunkte zu Engagierten. Allen voran der Bereich Brandschutz und Katastrophenhilfe, der in NRW zu über 90 % von Ehrenamtlichen sichergestellt wird. Deutlich an Relevanz

zugenommen hat das Engagement etwa in den Bereichen Integration und Bildung.

Viele unserer Studierenden werden in ihrem Berufsleben also einmal Bezüge zu Engagierten haben. In der Lehre (zum Beispiel in Governance) gilt es deshalb, das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt zu reflektieren und aktuelle Entwicklungen aufzuzeigen: Wie geht man mit antidemokratischem Verhalten im Engagement um? Welche Rahmenbedingungen erwarten Engagierte? Die Bürokratie ist gemäß des EhrenamtAtlas eine zentrale Herausforderung.

Ich würde mich sehr freuen, wenn unsere Studierenden im Bachelor- und Masterstudium in ihren künftigen Positionen, Engagierte nicht als Lückenbüßer wahrnehmen, die Arbeit abnehmen, sondern als Ideengeber und Partner und dass sie pragmatische Lösungen im Umgang mit bürokratischen Anforderungen finden, wo immer es geht.

Female Leadership

Wie kommen mehr Frauen in Spitzenpositionen der öffentlichen Verwaltung?

Der Frauenanteil im Top-Management ist gering, dies gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Dabei sind Frauen auf der untersten Führungsebene vielerorts bereits gut repräsentiert. Doch anders als ihre männlichen Kollegen, steigen sie oft nicht weiter auf. Um mehr über die Karriereaspirationen und Hürden von Frauen zu erfahren, wurden in einem Forschungsprojekt 54 qualitative Interviews mit Teamleiterinnen in der öffentlichen Verwaltung ausgewertet.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Aufstieg in die Teamleitung in der Regel aus einer sachbearbeitenden Funktion erfolgte. Bei den Müttern lag zu diesem Zeitpunkt die Lebensphase mit Kindern im betreuungsintensiven Alter zumeist hinter ihnen. Ein Drittel der Befragten plante den Wechsel in die Führungsebene, bei den anderen spielten günstige Umstände, wie eine Umorganisation, eine Rolle. Die Führungsmotivation der befragten Frauen macht sich vorrangig an dem Umgang mit Menschen und dem Team fest. Sie praktizieren einen stark mitarbeiterorientierten, kooperativen und partizipativen Führungsstil. Mehr als zwei Drittel der Befragten geben an, Akzeptanzprobleme zu erfahren. So werden sie weniger ernst genommen oder ihr Führungsstil gilt als nicht durchsetzungsstark.

Jede zweite Teamleiterin ist ambitioniert, weiter aufzusteigen. Dies impliziert ein enormes Potenzial für die Führungskräfteentwicklung. Hauptmotive sind der Wunsch nach persönlicher Weiterentwicklung sowie die Aussicht auf ein größeres Aufgabengebiet. Nicht aufstiegsinteressierte Frauen geben sich dagegen mit dem Erreichten zufrieden oder schrecken vor einem höheren zeitlichen Investment, vor der Entfremdung von

Weitere Infos

Prof. Dr. Andrea Walter lehrt am HSPV-Studienort Dortmund die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft und forscht zu bürgerschaftlichem Engagement, lokaler Demokratie und Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft – aktuell unter anderem in Kooperation mit dem Kreis Lippe im BMBF-geförderten Projekt „SROI - Die Sicherung des Ehrenamts für die Zukunft im ländlichen Raum“ (Laufzeit bis 31. Dezember 2024). Erste Ergebnisse wurden Ende April dieses Jahres vorgestellt.

Weitere Informationen stehen auf der [Projekt-Website](#) zur Verfügung.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Zentralverwaltung

Fachaufgaben und vom Team, vor einer stärkeren politischen Einbindung und vor dem Auswahlverfahren zurück.

Aus den Forschungsergebnissen werden Empfehlungen zur Frauenförderung abgeleitet, die sich sowohl an aufstiegsmotivierte Frauen als auch an Führungskräfte, Gleichstellungsbeauftragte sowie Personal- und weitere Entscheidungsverantwortliche (zum Beispiel die Personalvertretung) im öffentlichen Dienst richten. Eine Handreichung geht in anschaulicher und praxisnaher Weise auf Aspekte ein, die sich für Frauen in der öffentlichen Verwaltung als maßgebliche Stellschrauben für das berufliche Weiterkommen herausstellen:

1. Förderung der Karriereplanung und der Aufstiegsmotivation bei Frauen,
2. Unterstützung von Frauen beim Aufstieg in Führungspositionen aller Ebenen,
3. Anerkennung eines frauenspezifischen Führungsstils beim Aufstieg und bei der Ausübung von Führungspositionen,
4. Lebensphasenorientierte Personal- und Führungskräfteentwicklung.

Die in der Handreichung skizzierten Ansätze machen deutlich, dass durch ein Zusammenwirken unterschiedlicher Kommunikations- und Führungsstile ein Mehrwert entstehen kann. Es gilt, die Führungs- und Organisationskultur in eine Richtung weiterzuentwickeln, bei der unterschiedliche Managementsti-

le, Lebensweisen und biografische Hintergründe zur Geltung kommen können. Dies leistet auch einen Beitrag zu dem Ziel, Diversity oder mehr Vielfalt in einer zukunftsfähigen Verwaltung zu verankern.

Der Forschungsbericht ist hier [abrufbar](#). Die Handreichung mit [Empfehlungen für aufstiegsorientierte Frauen](#) und eine geschlechtergerechte Führungskräfteentwicklung steht ebenfalls zum Download bereit.

Prof. Dr. Bettina Franzke
Studienort Köln

Das Kommunale Integrationsmanagement in Nordrhein-Westfalen

Motor zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung?

Dass sich aus einer von Migration geprägten, immer vielfältigeren Gesellschaft neue Anforderungen, aber auch Chancen für die öffentliche Verwaltung ergeben, ist in der kommunalen Praxis und in der Wissenschaft gleichermaßen unstrittig. Wie dieser Entwicklung zu begegnen ist, wird dagegen durchaus unterschiedlich diskutiert. Das Forschungsprojekt von Prof. Dr. Katrin Möltgen-Sicking beschäftigt sich mit dem Zusammenwirken von zwei wichtigen Ansätzen kommunaler Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen: der Interkulturellen Öffnung (IKÖ) der Verwaltung einerseits und dem Kommunalen Integrationsmanagement (KIM) andererseits.

Das Konzept der IKÖ der Verwaltung wird bereits seit den 1990er Jahren diskutiert und ist als ein Schwerpunkt der Arbeit der Kommunalen Integrationszentren in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens von Beginn an verankert („Integration als Querschnittsaufgabe“, siehe TIntG NRW 2012). IKÖ wird als komplexer Prozess der Organisationsentwicklung verstanden, der Veränderungen auf den Ebenen der Strategie, der Organisation und des Personals erfordert. Während zunächst vorrangig die Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung herausgestellt wurden und der Fokus häufig auf der Entwicklung Interkultureller Kompetenzen sowie auf den Einstellungen von Migrantinnen und Migranten lag (wie etwa in den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zum Nationalen Integrationsplan, DStGB 2011), werden heute die Potenziale der IKÖ für Staat und Gesellschaft betont, insbesondere im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel. Mit dem KIM ist ein Programm dazu gekommen, das darauf abzielt, „effektive Strukturen der Zusammenarbeit aller auf kommunaler Ebene vorhandenen Ämter, Behörden und Träger, die Dienstleistungen zur Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte erbringen [zu schaffen], sowie individuelle und lebenslagenbezogene Beratungsangebote, insbesondere für geflüchtete, geduldete und andere neu eingewanderte Menschen“ (§9 TintG NRW 2021) zu unterbreiten. KIM richtet den Blick somit verstärkt auf die Prozesse in den kommunalen Verwaltungen und berücksichtigt auch strukturelle Veränderungen hinsichtlich der Lebenslagen und der

individuellen Bedarfe der Zugewanderten. Damit verbunden ist die sogenannte rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit in den Kommunen, insbesondere zwischen den Kommunalen Integrationszentren, durch die das Programm KIM in der Regel administriert wird, und den Ausländer- und Einbürgerungsbehörden.

Die Beschreibung beider Ansätze und der Titel des vom Institut für Personal und Management (IPM) geförderten Forschungsprojekts lassen die Untersuchungshypothese bereits vermuten: „KIM kann die IKÖ der Verwaltung wesentlich unterstützen, da es den Blick neben den Verwaltungsstrukturen und dem Personal auf die Prozesse der Verwaltung sowie auf die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit aller auf kommunaler Ebene vorhandenen Behörden und Träger richtet.“

Zur Überprüfung der These hat Prof. Dr. Möltgen-Sicking neben einer intensiven Literaturanalyse qualitative Interviews mit Leitungen Kommunalen Integrationszentren und KIM-Koordinator/innen sowie einem Vertreter des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI NRW) geführt. Zudem wurde die Fragestellung im Rahmen des Wahlpflichtmoduls „Migration und Integration“ am Studienort Aachen kritisch diskutiert. Die bisherigen Ergebnisse deuten auf eine Verifizierung der Untersuchungsthese hin. Zudem wird deutlich, wie dynamisch sich das Politikfeld Migration und Integration auf der örtlichen Ebene entwickelt und dass sich damit auch das Verständnis von IKÖ in Richtung einer prozess- und potenzialorientierten Perspektive verändert hat.

Die Ergebnisse werden zum Ende des Studienjahres 2023/2024 in einem entsprechenden Abschlussbericht dokumentiert und sollen in eine Publikation in einer Fachzeitschrift einfließen.

Prof. Dr. Katrin Möltgen-Sicking
Studienort Aachen

Veranstaltungen Rückblick

Drittes Mannheimer Forum für Personalmanagement

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Spiegel der Gesellschaft

Am 24. und 25. April 2024 fand das dritte Mannheimer Forum für Personalmanagement statt, das vom MIP (Mannheimer Institut für das Personalmanagement der Bundeswehr an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundeswehrverwaltung) veranstaltet wurde. Das Forum zum Thema „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Spiegel der Gesellschaft“ bot einen umfassenden Einblick in aktuelle Themen und Herausforderungen. Als Vertreterinnen und Vertreter der HSPV NRW waren die Lehrenden Dr. Kathrin Greve, Christiane Juny, Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis und Prof. Dr. Till Immich vor Ort und nutzten die Möglichkeit des regen fachlichen Austauschs.

Das Institut für Personal und Management (IPM) der HSPV NRW und das MIP haben eine Kooperationsvereinbarung geschlossen und bereits im vergangenen Jahr eine gemeinsame Tagung in Mannheim und Köln organisiert. Der Tagungsband wird in Kürze erscheinen.

Nach einer herzlichen Begrüßung und Einführung durch Prof. Dr. Michael Kawik von der Hochschule des Bundes, gefolgt von einem Grußwort des Dekans des Fachbereichs Bundeswehrverwaltung, startete die gut besuchte Tagung am Nachmittag. Es wurde eine Vielzahl von Themen besprochen:

- Dr. Michael Schwarz (Bundeskanzleramt Berlin) ging in seinem Vortrag auf funktionale Ämter ein und stellte dabei die Frage: „Wen verbeamen?“.
- In anderen Vorträgen und Diskussionen ging es um Werte und Haltungen im öffentlichen Dienst, arbeitsbezogene Wünsche und Werte als Grund für die Ablehnung der Bundeswehr als Arbeitgeber sowie um Erkenntnisse zu steuerrechtlichen Verfehlungen von Beamtinnen und Beamten. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen und unterschiedliche Perspektiven zu diskutieren.
- Prof. Dr. Claudia Trippel und Prof. Dr. Beatrice Hurre von der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl (Baden-Württemberg) zeigten in ihrem Vortrag Erkenntnisse über die Studienmotivation und die Zukunftsziele ihrer Studierenden auf. Für die Teilnehmenden der HSPV NRW war es dabei interessant zu erfahren, dass die Hochschule in Kehl eine sehr geringe „Drop-out-Quote“ in Höhe von etwa zehn vorweisen kann.
- Einen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung im Dienstrecht konnte der Präsident des Verwaltungsge-

richts Stuttgart, Prof. Dr. Jan Bergmann, geben, wobei auch die Besetzung des Präsidentenpostens beim Oberverwaltungsgericht NRW thematisiert wurde.

- Die Rolle des öffentlichen Dienstes in den sozialen Medien sowie die Analyse von angriffsvorbereitendem Verhalten in komplexen Situationen wurden in weiteren Vorträgen ebenfalls behandelt.

Tagungsunterlagen können für Studierende bei der Suche nach einem Thema für eine Haus-, Seminar- oder Bachelorarbeiten hilfreich sein. Daher sei an dieser Stelle, auch wegen der weiteren gelungenen Vorträge, auf die Internetseite des MIP verwiesen. Die Vortragsunterlagen sind dort abrufbar.

Die Veranstaltung endete am Nachmittag des zweiten Tages mit einem positiven Resümee und einer Verabschiedung, wobei die Teilnehmenden mit neuen Erkenntnissen, inspirierenden Diskussionen und wertvollen Kontakten im Gepäck zurückreisen konnten. Das dritte Mannheimer Forum für Personalmanagement erwies sich somit als eine äußerst gelungene und informative Veranstaltung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

Nach der Veranstaltung konnten Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis (Sprecher des IPM der HSPV NRW) und Prof. Dr. Till Immich mit einer weiteren positiven Nachricht nach Nordrhein-Westfalen zurückkehren: Aufgrund der gelungenen Tagung des IPM mit dem MIP im letzten Jahr, ist für 2025 eine weitere gemeinsame Veranstaltung beabsichtigt. In Kürze starten die Planungen mit Herrn Prof. Dr. Kawik aus Mannheim.

Christiane Juny und Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis
Studienort Duisburg

Dr. Kathrin Greve
Studienort Köln

Prof. Dr. Till Immich
Studienort Dortmund



V.l.n.r.: Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis, Christiane Juny, Dr. Kathrin Greve, Prof. Dr. Till Immich und Prof. Dr. Michael Kawik (Bild: Alina Werner, MIP)

Veranstaltungen Vorschau

Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für die Jahre 2024 und 2025 stehen Ihnen im Bereich „Weiterbildung Lehre“ auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

August 2024

15.08.2024	LehrImpuls intensiv: Lehrstart leicht gemacht	online
16.08.2024	Blitzlicht: ChatGPT	online
19.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Aachen
19.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Köln
22.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Dortmund
22.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Hagen
23.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Münster
26.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Bielefeld
29./30.08.2024	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 37	Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
30.08.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Duisburg

September 2024

09./10.09.2024	TSK 2.0 Vertiefungsteil: Gesprächsführung	Lichthof, Gelsenkirchen
10.09.2024	Schulung zur Medientechnik	HSPV NRW, Gelsenkirchen
12./13.09.2024	Selbstwirksamkeit in der Lehre unterstützen	QUA-LiS NRW, Soest
13.09.2024	Workshop: Lehrveranstaltungsplanung mit ChatGPT	online
17.09.2024	Hochschuldidaktik im Fokus: Infoveranstaltung zum Zertifikatsprogramm	online
18. 09.2024	Blitzlicht: Wikis in ILIAS	online
23.09.2024	Diversität was nun? Aus der Vielfalt schöpfen lernen	online
25.09. - 01.10.2024	Professionell lehren: Basis Time, Basis 1, Gruppe 38	online
26.09.2024	LehrImpuls: Crashkurs für Lehrbeauftragte	online
30.09.2024	Podcasting	HSPV NRW, Zentralverwaltung

Oktober 2024

02.10.2024	Unconscious Bias in der Lehre	online
17./18.10.2024	Professionell lehren, Basis 2, Gruppe 37	online
17./18.10.2024	Jüdisches Leben und Antisemitismus als Querschnittsthemen in Polizei- und Verwaltungslehre	QUA-LiS NRW, Soest
28./29.10.2024	TSK 2.0 Vertiefungsteil: Rollentraining	QUA-LiS NRW, Soest
30.10.2024	Markt der Möglichkeiten	online

November 2024

05.11. - 12.11.2024	Professionell lehren: Basis Time, Basis 2, Gruppe 38	online
14.11.2024	Fit für die TSK-Lehre	online
18.11. - 20.11.2024	TSK 3 Polizei	Lichthof, Gelsenkirchen

Dezember 2024

04.12.2024	Stressmanagement für Lehrende	HSPV NRW, Zentralverwaltung
12./13.12.2024	Professionell lehren, Basis 3, Gruppe 37	Lichthof, Gelsenkirchen

Januar 2025

14.01. - 21.01.2025	Professionell lehren: Basis Time, Basis 3, Gruppe 38	online
16./17.01.2025	Professionell lehren, Basis 4, Gruppe 37	Haus für Lehrerfortbildung Kronenburg, Dahlem
30.01.2025	Kick-Off-Workshop im Rahmen des Transfermoduls (Gruppe 16)	HSPV NRW, Zentralverwaltung

Februar 2025

18.02. - 25.02.2025	Professionell lehren: Basis Time, Basis 4, Gruppe 38	online
---------------------	--	--------

Juni 2025

26.06.2025	Abschlussveranstaltung im Rahmen des Transfermoduls (Gruppe 16)	HSPV NRW, Zentralverwaltung
------------	---	--------------------------------

Kontakt

Laura Kucharzewski Tel.: 0209/1659 - 1290 **Celine Kipnowski** Tel.: 0209/1659 - 1295 weiterbildung-intern@hspv.nrw.de

Anmeldung zum Veranstaltungsticker!

Der hochschuldidaktische Veranstaltungsticker richtet sich an alle Lehrenden der HSPV NRW, die über freie (Rest-)Plätze in den Fortbildungsveranstaltungen der internen Weiterbildung per E-Mail auf dem Laufenden gehalten werden möchten.

Personalnachrichten

Herzlich willkommen an der HSPV NRW

Einstellungen

Seit dem 10. Juni 2024 ist Roman Agranovski am Studienort Gelsenkirchen tätig.



Mein Name ist Anna Wiebke Klie, ich bin promovierte Soziologin und wohne in Dortmund. Am 2. Mai 2024 habe ich als Regierungsbeschäftigte meine Arbeit im Forschungsprojekt „SROI – Social Return on Investment. Die Sicherung des Ehrenamts für die Zukunft im ländlichen Raum“ aufgenommen. Zusätzlich werde ich an den Studienorten Dortmund und Herne als nebenberufliche Dozentin in den Bachelorstudiengängen Polizeivollzugsdienst und Kommunalen Verwaltungsdienst tätig sein. In den vergangenen 14 Jahren habe ich an verschiedenen Universitäten und Forschungseinrichtungen in wissenschaftlichen, politikberatenden und leitenden Positionen gearbeitet. Aus theoretischen, empirischen und praxisorientierten Perspektiven beschäftige ich mich intensiv mit den Themen Zivilgesellschaft, zivilgesellschaftliches Engagement, politische Einstellungen und Partizipation, (Flucht-) Migration, Integration, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Religion in ihren Zusammenhängen. Die Analyse von komplexen Einflussfaktoren auf soziales und politisches Handeln auf der Mikro-, Meso- und Makroebene ist dabei stets ein zentraler Aspekt. Meine Überzeugung ist, dass Verständigung und Zusammenhalt in demokratischen Gesellschaften, die in Bezug auf Personenmerkmale, Sichtweisen und Erfahrungen durch Vielfalt gekennzeichnet sind, besser gelingen können, wenn Besonderheiten und Schwierigkeiten der jeweiligen Kontexte, in denen Menschen unter verschiedenen Voraussetzungen handeln, analysiert und verstanden werden.

Als Zivilgesellschaftsforscherin freue ich mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Andrea Walter, Leiterin des SROI-Projekts, auf die Studierenden und auf das Kennenlernen von weiteren Kolleginnen und Kollegen im Kontext der Lehre an der HSPV NRW.

Dr. Anna Wiebke Klie
Studienort Gelsenkirchen

Aus den Abteilungen

DO Fit for Europe

Im Rahmen des Projekts „Dortmund als Europäische Stadt“ setzten sich 30 Nachwuchskräfte der Stadt Dortmund mit der Europäischen Union, ihrem Hintergrund und ihren Funktionen auseinander

Die dreitägige Fortbildung „Fit for Europe“ vom 21. bis 23. Februar 2024 begann mit einem Vortrag von Prof. Dr. Matthias Bode (HSPV NRW), der unter anderem die Organe der EU vorstellte und dabei auf aktuelle Entwicklungen im Zusammenspiel zwischen nationalem Rechtsrahmen und EU-Gesetzgebung einging. Auch Aspekte der internationalen kommunalen Zusammenarbeit wurden erläutert. Fabian Zeuch, Koordinator für Städtediplomatie, stellte die Partnerschaften der Stadt Dortmund vor.

Eine Rallye durch die Dortmunder Innenstadt verdeutlichte den Einfluss der EU-Fördermittel anhand unterschiedlicher Beispiele. So wurde unter anderem das „Dortmunder U“, ein ehemaliges Brauereigebäude, mit 23 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt. Am zweiten und dritten Tag besuchte die Gruppe Brüssel, die „Europäische Hauptstadt“. Vorträge und Gespräche in der Landesvertretung NRW und im Europäischen Parlament



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fortbildung (Bild: Luisa Kunz, Stadt Dortmund)

ermöglichten einen Einblick in den Prozess der Gesetzgebung und zeigten gleichzeitig auf, wie Kommunen Einfluss auf die Gestaltung von Rechtsnormen nehmen können.

Die Veranstaltung trug unter anderem dazu bei, die Relevanz der EU für die kommunale Gemeinschaft zu erkennen, auch hinsichtlich der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024. Die Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war durchweg positiv. Konzipiert und durchgeführt wurde die Veranstaltung vom Team Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund im Zusammenwirken mit dem Personal- und Organisationsamt, unter anderem durch Frau Schenkelberg und Frau Grüter.

Prof. Dr. Matthias Bode

Studienort Dortmund

DU

Kursfahrt nach Barcelona

Duisburger Polizeistudierende des Kurses DU P 22/08 waren vom 27. bis zum 31. Mai 2024 auf Kursfahrt in Barcelona

Nach mehrmonatiger Planung und einer Vielzahl von zumeist englischsprachigen Korrespondenzen mit der katalanischen Polizei (Mossos d'Esquadra) konnten die Studierenden unter Begleitung von Marion Sautter (Dozentin für Einsatzlehre) Ende Mai dieses Jahres schließlich ihre Kursfahrt antreten. Der erste Tag war praktisch ein Reisetag, der individuell durch die Teilnehmenden genutzt werden konnte, um einen ersten Eindruck von der Stadt und ihren Wahrzeichen zu bekommen.

Dienstag, 28. Mai 2024

So „richtig dienstlich“ wurde es dann am Dienstagmorgen: Der erste Termin war der Besuch der Polizeiwache im Stadtteil Eixample. Ein interaktiver (englischsprachiger) Vortrag vermittelte Informationen über die katalanische Polizei und ihren organisatorischen Aufbau. Die Mossos d'Esquadra ist eine der ältesten Zivilpolizeien Europas. Ein weiterer organisatorischer Zweig der Polizei ist die sogenannte Guardia Urbana. Derzeit sind dort 35.328 Polizeibeamtinnen und -beamte beschäftigt, davon etwa die Hälfte bei der Mossos d'Esquadra, die für die öffentliche Sicherheit, Ermittlungen, die Verwaltungspolizei, städtische Verordnungen und den Überlandverkehr zuständig ist.

Nach dem Vortrag konnten die Studierenden die Gewahrsamsräume und Polizeifahrzeuge besichtigen. Die Streifenwagen der Mossos d'Esquadra haben einige spezielle Ausstattungsmerkmale, die sich von den heimischen Funkstreifenwagen unterscheiden: Beispielsweise ist zwischen Fahrer- und Rücksitzbank eine durchsichtige Kunststoff-/Plexiglaswand angebracht, die zum Beispiel der Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten auf den Vordersitzen dient. Ferner bestehen die Rücksitze aus Hartplastik, um die Reinigung und Desinfektion zu erleichtern.



Foto mit dem Wappen der GEI (Bild: Marion Sautter)

Im Anschluss besuchten die Studierenden die Leitstelle der katalanischen Polizei. Hier erhielten sie Einblicke in die Notrufzentrale, die unter der Nummer 112 erreichbar ist und neben der Polizei auch die Feuerwehr und den Rettungsdienst koordiniert. Die Leitstelle verwendet die Programme „Fenix“ und „NIP“, die der Einsatzbearbeitungsanwendung „eCebius“ und der Vorgangsbearbeitungssoftware „VIVA“ ähneln.

Mittwoch, 29. Mai 2024

Am Mittwochmorgen ging es für die Studierenden in einheitlicher Dienstkleidung zum Institut de Seguretat Pública de Catalunya, dem Trainingsgelände der katalanischen Polizei in Mollet del Vallès. Die Studierenden erhielten detaillierte Informationen zur Ausbildung der Polizeianwärterinnen und -anwärter der Mossos d'Esquadra. Die Ausbildung dauert sieben Monate. Nach dem Bestehen der Abschlussprüfung folgt

eine einjährige „Bewährungs-/Probezeit“, wobei diese bereits in der Berufspraxis absolviert wird. Das Auswahlverfahren umfasst vier Stufen: einen theoretischen Test, einen Sporttest, ein Interview und die polizeiärztliche Untersuchung. Von den rund 10.000 Bewerberinnen und Bewerbern werden jährlich nur etwa 900 Personen eingestellt.

Der Rundgang durch die Trainingsstätte, einschließlich einer nachgebildeten Tatortstadt für etwaige Rollenübungen, verdeutlichte die umfangreiche und betont praxisorientierte Ausbildung der katalanischen Polizei. Die Rollenspielübungen werden, abweichend zu denen in Nordrhein-Westfalen, außerdem in Bild und Ton aufgezeichnet, sodass der Übungsablauf nicht durch Mitauszubildende gestört wird und eine Nachbesprechung qualifiziert geleistet werden kann. Das Ziel ist vor allem die Gewährleistung eines möglichst hohen Lerneffekts. Der Tag endete mit einem Besuch der La Sagrada Família und einem gemeinsamen Abendessen mit den Organisatoren der katalanischen Mossos d'Esquadra.



Foto vor dem Institut de Seguretat Pública de Catalunya mit der Leiterin (Bild: Marion Sautter)

Donnerstag, 30. Mai 2024

Am Donnerstag besuchten die Studierenden die Zentraldienststellen der Mossos d'Esquadra in Sabadell. Der Tag begann mit der Vorstellung der Diensthundföhreereinheit (Unidad Canina), die im Gegensatz zur Polizei NRW ausschließlich Bomben-, Drogen- und Personenspürhunde umfasst. Ein deutlicher Unterschied zu den deutschen Diensthunden besteht darin, dass die Tiere nicht zu Schutzhunden ausgebildet werden. Es war

daher ungewöhnlich, dass der vorgestellte Diensthund sehr zutraulich schien und sogar gestreichelt werden durfte/sollte. Hiernach erfolgte jeweils der Besuch der Einsatzhundertschaft Brigada Mobil und des Spezialeinsatzkommandos Grup Especial D'Intervenció (GEI). Die GEI ist vergleichbar mit dem deutschen Spezialeinsatzkommando (SEK). Beide Dienststellen waren sehr bemüht, möglichst lebensnah und teils auch „zum Anfassen“ ihre Ausrüstung sowie die Einsatzfahrzeuge zu präsentieren. Dabei wurden Ähnlichkeiten und Unterschiede zu den Führungs- und Einsatzmitteln der deutschen Polizei deutlich.

Fazit

Die Kursfahrt bot den Studierenden die Möglichkeit, mit einem Blick über den Tellerrand die Strukturen und Arbeitsweisen einer anderen europäischen Polizei hautnah zu erleben. Interaktive Gespräche und detaillierte Präsentationen hoben Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur deutschen Polizei hervor und vertieften das Fachwissen der Studierenden. Als positiven Nebeneffekt stärkte die Exkursion den Zusammenhalt innerhalb des Kurses und trug maßgeblich zur beruflichen sowie persönlichen Weiterentwicklung der Studierenden bei. Die positiven Rückmeldungen der Teilnehmenden unterstreichen den Erfolg dieser Kursfahrt.

Wir danken allen, die diesen Aufenthalt ermöglicht haben, insbesondere unserer Dozentin Frau Sautter, ohne deren Engagement und Kontakte die Reise in dieser Form nicht möglich gewesen wäre.

Louise Baade

Studentin der HSPV NRW

Kontakte und Kooperationen

Summer School 2024

Im Mai 2024 haben zehn Studierende des Bachelorstudiengangs Polizeivollzugsdienst (Einstellungsjahrgang 2022) an der Policing Summer School in Ossendrecht (Niederlande) teilgenommen

Die Summer School ersetzt das Modul HS 2.4 im Hauptstudium 2. Als Prüfungsleistung ist, neben einer Hausarbeit, in internationalen Arbeitsgruppen während der Summer School eine Präsentation zu erstellen. In diesem Jahr ging es um die Themen Terrorismus/Extremismus, Migration, Hate Crime und Polarisierung. Die Seminarsprache ist Englisch, die Seminararbeit hingegen kann sowohl in Englisch als auch in Deutsch geschrieben werden.

Gleich nach der Ankunft am Sonntagabend startete ein reger Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Studienorte der HSPV NRW über die Erwartungen an die Woche. Dabei standen die Projekte und Gespräche mit den Studierenden aus Norwegen, Wales und natürlich den Niederlanden im Vordergrund. Der Montag startete, nach einem typisch niederländischen Frühstück, mit einem herzlichen Empfang der Organisatorinnen und Organisatoren. Seitens der HSPV NRW wird die Summer School von Prof. Dr. Jonas Grutzpalk, Prof. Dr. Stefanie Haumer und Prof. Dr. Martin Klein geleitet.



Bei den Übungen war Teamwork gefragt (Bild: Prof. Dr. Stefanie Haumer)

Nach einer kurzen Vorstellung der Lehrenden und einigen organisatorischen Hinweisen zum Ablauf der Woche, folgte ein spannender Vortrag über die niederländische Polizeiarbeit in sozialen Randgebieten. Anschließend begann die Arbeitsphase in den international besetzten Working Groups. In diesen Gruppen haben wir uns angeregt über die oben genannten Themen ausgetauscht und erörtert, wie diese die Polizeiarbeit in den jeweiligen Ländern beeinflussen. Es war spannend zu erfahren, wie Polizeiarbeit – und auch die Polizeiausbildung



Die Teilnehmenden bei einer sportlichen Teambuilding-Übung (Bild: Prof. Dr. Stefanie Haumer)

– in anderen Ländern abläuft und wie dort auf Terrorismus/Extremismus, Hate Crime, Migration und Polarisierung reagiert wird.

Am Dienstagnachmittag stand Sport auf dem Programm. Zwei Ausbilder der niederländischen Politieacademie haben uns gezeigt, wie die niederländische Polizei eine Festnahme durchführt. Danach waren wir selbst an der Reihe und durften uns gegenseitig festnehmen beziehungsweise Handfesseln anlegen. Da die niederländische Polizei ein anderes Handfesseln-Modell und dementsprechend auch eine andere Festnahmetechnik hat, als die Polizeien in Wales, Deutschland und Norwegen, konnten wir dabei bereichernde neue Einblicke gewinnen. Anschließend folgten sportliche Teambuilding-Übungen, die viel Spaß machten und die gesamte Truppe zusammenschweißten, da sich jeder einbringen musste.

An einem Abend sind wir an einen nahegelegenen Strand gefahren und haben den Sonnenuntergang genossen. Auch ein in der Nähe gelegener Pub war an den Abenden das Ziel der ein oder anderen Gruppe für den weiteren Austausch in geselliger Runde. Andere von uns trafen sich im Fitnessstudio der Politieacademie oder nutzten den üppigen Außenbereich der Akademie, der als Ausbildungsgelände für die niederländische Bereitschaftspolizei und die Spezialkräfte dient.

Donnerstagnachmittag fuhren wir nach Breda. Der Ausflug begann mit einem Vortrag (einschließlich Workshop) über Menschenhandel an einer Schule der niederländischen Militärpolizei, der Koninklijke Marechaussee. Im Anschluss erhielten wir eine Führung durch die Militärakademie, die (wie

wir fanden), in einem beeindruckenden Schloss im Harry-Potter-Stil untergebracht ist. Die historische Architektur und die modernen Sportplätze haben uns sehr beeindruckt. Die freie Zeit nach der Führung nutzten wir, um die schöne Stadt Breda zu erkunden. Der Tag fand seinen Abschluss in einem gemütlichen Pub. Die Stimmung war ausgelassen, besonders als unsere Begleiterinnen und Begleiter von der Koninklijke Marechaussee ebenfalls vorbeikamen. Das Highlight der Summer School war sicherlich die gemeinsame Freizeit mit den internationalen Kolleginnen und Kollegen.

Insgesamt war die Summer School 2024 in Ossendrecht eine unvergessliche Erfahrung. Die Mischung aus fachlichem Austausch und gemeinschaftlichen Aktivitäten schuf eine besondere Atmosphäre, die nicht nur das Lernen, sondern auch die persönliche Entwicklung förderte.

Jan-Philip Herrmann

Student der HSPV NRW

Themenreihe Medien

Wir suchen Sie!

ILIAS-Einstein 2024 bis 2026

Seit 2017 haben sich bereits 46 technikinteressierte, kommunikative und experimentierfreudige hauptamtlich Lehrende als ILIAS-Multiplikatorin beziehungsweise Multiplikator engagiert. Das Projekt ist seit 2022 verstetigt und sucht dieses Jahr eine neue Kohorte.

Ein Rückblick

2017 - 2019

Elf engagierte Lehrende an sieben Studienorten nahmen teil. Die Sichtbarkeit der „Einsteins“ wurde durch Flyer, Vorstellungsvideos und Beiträge im Newsletter gesteigert. Der kollegiale Austausch war zentral.

2020 - 2022

21 Lehrende an acht Studienorten beteiligten sich. Aufgrund der Pandemie fanden alle Treffen online statt. Themen wie „Lehre online gestalten“ und „ILIAS-Kurse didaktisch aufbereiten“ wurden behandelt. Erfahrungen und Wissen wurden auf der Homepage veröffentlicht und weitergegeben.

2022 - 2024

14 Lehrende an sieben Studienorten nahmen teil. Das Online-Format wurde etabliert, was den Austausch erleichterte und flexibler machte. Neue Ideen und Perspektiven entstanden. Zwei „ILIAS-Einsteins“ unterstützten erstmals die Einführung von neuen hauptamtlich Lehrenden. Ein Konzept zur gezielten Ansprache von neuen Lehrbeauftragten wurde erarbeitet und erfolgreich erprobt.

Aktuell

Nun suchen wir neue engagierte Lehrende!

- Sind Sie interessiert am Ideen- und Erfahrungsaustausch innerhalb eines Netzwerks?



Bild: HSPV NRW

- Wollen Sie Ihre Lehre mit ILIAS ergänzen und sind auf der Suche nach Verbündeten?
- Engagieren Sie sich auch außerhalb Ihrer eigenen Lehrveranstaltungen für die Lehre?
- Wollen Sie an Ihrem Studienort Multiplikatorin/Multiplikator rund um das Thema ILIAS sein?
- Haben Sie sich bereits in dem Projekt „ILIAS-Einstein“ engagiert und sind weiterhin interessiert?

Dann bewerben Sie sich bis zum 15. August 2024 für die vierte Kohorte als „ILIAS-Einstein“. [Alle Informationen](#) rund um das Projekt sowie die auszufüllende Umfrage zur Bewerbung finden Sie auf ILIAS.

Bitte loggen Sie sich mit Ihren bekannten ILIAS-Anmeldedaten zuerst auf der Lernplattform ein. Der Beitritt verpflichtet nicht zum Mitmachen.

Wenn Sie Fragen zu dem Projekt haben, wenden Sie sich bitte an thomas.schroeder@hspv.nrw.de.

Monika Jousen

Zentralverwaltung, E-Learning-Team

Weltoffene Hochschulen

Kulturelle Vielfalt zwischen Brot und Bildung

Ein Vergleich zwischen Deutschland und Amerika

„Alles ist ein bisschen... anders.“ Dies ist der wiederkehrende Gedanke, der mich in Deutschland und insbesondere im deutschen Hochschulwesen begleitet, seitdem ich 2016 meine Heimat in den USA verließ und nach Deutschland zog. Deutschland und die USA ähneln sich dennoch sehr: Unsere Selbstverständnisse als „westliche Länder“ und Erben der antiken Kultur bilden ein gemeinsames gedankliches Fundament, unsere Sprachen sind strukturell ähnlich aufgebaut, unsere gesellschaftspolitischen Aspirationen und Werte überlappen sich weitgehend. Es besteht ein reger Austausch zwischen den scientific communities beider Länder – insbesondere in meiner Disziplin, der Philosophie. Ja, auch in alltäglichen Dingen sind wir doch Brüder und Schwestern einer übernationalen Gemeinschaft. Amerikaner mögen Brot, Wurst, Käse und Kuchen genauso sehr wie die Deutschen.

Und doch fängt die Andersartigkeit gerade da an. Das weiche amerikanische Brot aus der Tüte, das für den Toaster nahezu prädestiniert ist, sieht doch ziemlich anders aus als das hochgepriesene deutsche Schwarz-, Dinkel-, Urkorn- oder Sonstwasbrot – und es ist nicht anders mit dem Kuchen. Beide Länder sind zwar auf ihre hochentwickelten Hochschulsysteme stolz, die Studien- und auch die Lehrerfahrungen sind aber doch sehr unterschiedlich. Vieles an der deutschen Universität dreht sich um Forschung oder – noch genauer – um die Einwerbung von Drittmitteln für diejenige Art von Forschung, die der Logik der Drittmittelausschreibungen entspricht. Die Lehre und der Umgang mit Studierenden kommen dadurch oft unter die Räder. Unter dem Druck des wissenschaftlichen Geldgeschäfts und der immer steigenden Publikationserwartungen werden die jungen Menschen in unseren Seminaren und Vorlesungen – deren Weiterbildung eigentlich das Herzblut und Kernanliegen der Universität im ursprünglichen Sinne darstellt – allzu oft als Ablenkung von „Wichtigerem“ wahrgenommen. In Berufungsverfahren zählen letztendlich eingeworbene Summen und nur selten die Leben, die man in der Lehre berührt und bereichert hat.

Amerikanische Universitäten sind freilich von unzähligen, auch systemischen Problemen geplagt. Was sie aber aus meiner Sicht richtig machen, ist die nahezu radikale Fokussierung auf die einzelnen Studierenden und auf die Qualität ihrer Lernerfahrungen. Es kann sein, vielleicht ist es sogar wahrscheinlich, dass diese Wertorientierung dem Einfluss von Marktdynamiken im amerikanischen Hochschulwesen zu verdanken ist. Es kostet viel Geld, in den USA zu studieren, und die Unis konkurrieren gegeneinander um Studierendenzahlen und Studiengebühren. Ich selbst fand es höchstbedenklich, dass man als Student an der University of Texas auf eine „Add to Cart“-Taste drücken musste, um sich im Onlinesystem in ei-

**WELTOFFENE
HOCHSCHULEN
GEGEN FREMDEN-
FEINDLICHKEIT**

© <https://www.hrk.de/>

nem Kurs einzuschreiben. Wie dem auch sei, herrscht an der amerikanischen Universität eine allgemeine Service-Orientierung gegenüber den Studierenden, von der ich selbst als Student profitierte, zu der ich als Akademiker beitragen wollte und auf die ich mich deshalb als Hochschullehrer freute.

Ich war – ehrlich gesagt – enttäuscht, ja manchmal sogar empört, als ich Jahre später, inzwischen an einer deutschen Uni als „WiMi“ angekommen, von Studierenden hörte, wie sie und ihre Anliegen von manchen Dozierenden und Professor/innen an der Universität behandelt, oder gänzlich ignoriert wurden. Ich überlegte mir tatsächlich auszusteigen. Ich wollte nicht mehr mitmachen, nicht mehr einer solchen Institution meine Lebensenergie widmen. Als ich mich damals entschied, Akademiker zu werden, habe ich es mir einfach anders vorgestellt. Dann aber erzählte mir ein Freund von einer Hochschule, von der ich bisher noch nie zuvor gehört hatte: die HSPV NRW. Was soll das sein? Eine Hochschule, die die Polizei und die kommunale Verwaltung ausbildet? Und es soll dort gut sein? Anders als an der Uni? Und wo soll diese Stelle sein? Gelsenkirchen? It's worth a shot, dachte ich. Meine Bewerbung für die Stelle in Ethik und Interkulturelle Kompetenz schickte ich ein paar Wochen später ab.

Nun bin ich fast ein Jahr an der HSPV NRW als Dozent tätig und kann bestätigen: The shot was worth it. In der Tat ist die Lehr- und Lernkultur an der HSPV NRW in Gelsenkirchen anders, sogar sehr anders, als das, was ich an der Universität erlebte. Denn hier herrscht eine allgemeine Haltung der Fürsorge und Verantwortung gegenüber den Studierenden, hier wird die Qualität der Lehre als eine zentrale Zielsetzung der Hochschule hochgehalten. Ich lerne immer wieder Dozierende kennen, die bereit sind, sich über ihre Sitzungen, ihre Inhalte, ihre Erfolge und Misserfolge auszutauschen, nicht um bloß davon zu „erzählen“, vielmehr um besser zu werden. Team-Teaching, Lehrprojekte, Onboarding für neue Lehrende und ein Zertifikatsprogramm für Hochschuldidaktik – das sind allesamt weitere Zeichen, dass sich die Hochschule in erster Linie als ein Ort der Bildung versteht. Und das ist gut so: Unser Bildungsauftrag mit der Polizei und der kommunalen Politik muss eingelöst werden, wenn wir eine lebenswerte Demokratie schaffen und erhalten wollen.

An der HSPV NRW ist trotzdem alles ein bisschen anders, wenn ich einen Direktvergleich mit amerikanischen Hochschulen vornehme. Auch das ist gut so: Wir wollen in der globalisierten Welt unsere kulturellen Identitäten nicht verlieren, sondern sie in einen regen Austausch bringen, sodass wir voneinander lernen und miteinander wachsen können. Eins steht dabei fest: An der HSPV NRW habe ich eine akademische Heimat gefunden.

Dr. Douglas Yacek

Studienort Gelsenkirchen

Veröffentlichungen

Kommunalrecht in NRW

20. Auflage erschienen

Das an der HSPV NRW und in der kommunalen Praxis gut eingeführte Fachbuch „Kommunalrecht in NRW“ ist jüngst in der 20. Auflage erschienen. Prof. Dr. Harald Hofmann, Prof. Dr. Frank Bätge und Cornelius Wiesner haben das Werk umfassend überarbeitet und zum Teil neu geschrieben.

Das Fachbuch richtet sich sowohl an Studierende des Kommunalrechts als auch an Mitarbeitende in kommunalen Verwaltungen: Den Studierenden dient es zur Vorlesungsbegleitung und als umfassende Grundlage zum Selbststudium; den Mitarbeitenden in den Verwaltungen hilft es mit eingehenden Erläuterungen und zahlreichen Fundstellen bei der täglichen Rechtsanwendung.

„Die aktuelle 20. Auflage dieses Fachbuches ist allen Beschäftigten, die sich in der Praxis mit dem Thema Kommunalrecht befassen, sowie Studierenden des Kommunalrechts zur Anschaffung sehr zu empfehlen“, heißt es in einer Buchbesprechung (Deutscher Städtetag, E.M. Levold).

Für die vorliegende Neuauflage hatte Prof. Dr. Rolf-Dieter Theisen die Bearbeitung seiner Kapitel an Herrn Wiesner übergeben. Prof. Dr. Theisen war Initiator des Buches und hatte die Gründungsautoren (damals Hofmann/Muth/Theisen) 1984 zusammengeführt.

Weitere Informationen stehen online zur Verfügung.

Prof. Dr. Harald Hofmann

Studienort Köln



V.l.n.r.: Cornelius Wiesner, Prof. Dr. Harald Hofmann und Prof. Dr. Frank Bätge
(Bild: Prof. Dr. Frank Placke)

„Die beste Art, die Zukunft vorherzusagen, ist, sie selbst zu kreieren.“

Peter Drucker (US-amerikanischer Ökonom)

Impressum

Herausgeber Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW

Redaktion Sandra Warnecke, Florian Bury (V. i. S. d. P.)

Fotos siehe Bildunterschriften

Satz Johann Ifflaender

Den Erscheinungstermin der neuen Ausgabe der „HSPV Aktuell“ finden Sie im Newsletterkalender.

Sie erreichen das Redaktionsteam unter: newsletter@hspv.nrw.de

